



12.01.2020

Offener Brief an Bundesaußenminister Heiko Maas und den Botschafter von Bosnien und Herzegowina Edin Dilberovic

Sehr geehrter Herr Maas! Sehr geehrter Herr Dilberovic!

Die Bilder geflüchteter Menschen, die in Bosnien an der Grenze zu Kroatien schutzlos in der Kälte zu überleben versuchen, verstören uns.

Im Jahr 1992 nahmen Privatpersonen aus dem Kirchenkreis Erfurt für mehrere Jahre insgesamt 14 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien auf. Die Aufnehmenden mussten eine private Verpflichtungserklärung unterschreiben, was bedeutet, dass sie für Menschen, die sie vorher nicht kannten, für mehrere Jahre eine private Bürgschaft mit unkalkulierbarem Risiko übernommen haben.

Die Verpflichtungserklärung schloss ein: Wohnraum bereitstellen, Krankenversicherung und alle entstehenden Kosten übernehmen, sowie auch sämtliche Behördengänge zu begleiten.

Deshalb ist gerade für uns im Kirchenkreis Erfurt die Haltung der lokalen Bevölkerung schwer zu ertragen, die sich weigert, die durch die Schließung des Lagers Lipa durch die IOM (= Internationale Organisation für Migration) obdachlos gewordenen Menschen in ihrem Ort wohnen zu lassen. Wer dabei aber allein den Bewohner_innen dieser Region die Schuld gibt, die sich durch die im Verhältnis große Zahl der Obdachsuchenden überfordert sehen, macht es sich zu leicht. Die dortigen Kommunen werden mit dieser Herausforderung allein gelassen.

Die Gelder der EU kommen kaum in dieser Grenzregion an. Hilfe leisten Organisationen aus der Zivilgesellschaft wie das Aachener Netzwerk <https://aachener-netzwerk.de> in Zusammenarbeit mit der Hilfsorganisation SOS Bihac <https://sos-bihac.org>. Sehr aufschlussreich ist dazu ein Film bei *arte* unter www.arte.tv/de/videos/093707-001-A/re-der-helfer-von-bihac/

Das etwa 30 Mitarbeiter starke Team in Bihac arbeitet ehrenamtlich, ebenso wie die Mitarbeiter_innen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Finanziert wird diese Hilfe vor Ort durch Spenden. Hier wären Gelder aus der EU dringend nötig!

Der genannte Film bei *arte* nennt auch den menschenverachtenden Umgang der kroatischen Grenzpolizei mit den Asylsuchenden. Im Auftrag der EU, also auch in



unserem Auftrag, wehrt sie die Menschen ab, die überwiegend aus Pakistan, dem Iran, Irak, Afghanistan und Syrien kommen. Bei diesen sogenannten illegalen Pushbacks (= Zurücktreibungen) verprügeln die Polizisten die Schutzsuchenden, die schon auf EU Territorium gelangt sind, sie nehmen ihnen häufig die Kleidung bis auf die Unterwäsche ab, insbesondere die Schuhe und manchen ziehen sie sogar Zehennägel!

Dieser menschenverachtende Umgang im EU-Land Kroatien mit Asylsuchenden geschieht im Auftrag der EU, also auch im Auftrag Deutschlands. Das darf nicht sein.

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung, sich nachdrücklich bei der EU-Kommission einzusetzen für

- Sofortige finanzielle Unterstützung der Stadt Bihac und des Kantons für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen.
- Die Aufnahme wenigstens von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in die Europäische Union. Deutschland kann hierbei ein Vorbild werden.
- Eine wirksame Kontrolle des Verbleibs der EU-Gelder, die nach Bosnien und Herzegowina fließen.
- Sofortige Beendigung der illegalen Pushbacks der Asylsuchenden durch den EU-Staat Kroatien, sowie unabhängige Ermittlungen gegenüber Mitgliedern der kroatischen Grenzpolizei, die die Asylsuchenden misshandeln.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Musigmann, Diakon

Spenden auf das Konto des Aachener Netzwerks

IBAN DE21 3905 0000 0000 3170 08

Stichwort „SOS Bihac“